

Geisenheimer Zeitung

Anzeigblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.—.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Beizeile oder deren Raum für Geisenheim
25 %, auswärtiger Preis 30 %. Reklamezeile 90 %. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789 der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Riedheim am Rhein.

Nummer 108.

Dienstag den 14. September 1920.

20. Jahrgang.

Schlechte Ernte! — Mehr Brot?

Und geringere Ausmahlung?

Nach dem Vorstoß des bayerischen Ernährungsministers schien einige Tage Aussicht auf eine Erhöhung der Brotzotation und zugleich geringere, also bessere Ausmahlung des Getreides. Der wirkliche Stand der Dinge aber läßt diese Hoffnungen gleich wieder verschwinden; denn nach der amtlichen Statistik, die jetzt allmählich für das Brotgetreide vollständig wird, haben wir es mit einer schlechten Ernte zu tun. Bei der wichtigsten Brotfrucht, dem Roggen, bekommen wir nur einen Ertrag pro Hektar von 12,4 Doppelzentner gegen 14,8 Doppelzentner und 14,2 Doppelzentner in den beiden Vorjahren, 16,8 Doppelzentner im Durchschnitt 1903—1913. Beim Weizen ist dieses Jahr 17,1 Doppelzentner gegen 18,2 Doppelzentner im Vorjahre und 25,2 Doppelzentner 1913 zu erwarten.

Schon im Vorjahre starker Einfuhrbedarf.

Der sachmännliche Mitarbeiter der linksliberalen „Voss. Ztg.“ verweist auf den großen Ausfall des Ueberflusses von Rosen und Westpreußen, sowie auf die starken Ergänzungsmahnahmen im Vorjahre und meint dann:

„Wir waren damals auf starke Bezüge von Brotgetreide aus dem Auslande angewiesen und hatten dafür eine Reihe von Milliarden zu bezahlen. Wenn somit trotz der vorjährigen weit größeren inländischen Getreidemengen, die uns zur Verfügung standen, die Situation für die Brotversorgung durchaus kritisch war, so ist es ganz verständlich, daß die Ernährungsminister jetzt für eine Erhöhung der Brotzotation und für eine geringere Ausmahlung des Getreides sich erklären. Es würde dies voraussetzen, daß wir wirklich die erhoffte gute Kartoffelernte bekommen, zum mindesten zu einer verhältnismäßigen Mischung des Brotgetreides mit anderen Stoffen führen und damit zu einem Brot, das erheblich schlechter und unbedimmlicher wäre, als wenn wir Brot aus Mehl von der bisherigen Ausmahlung allein erhalten. Es soll dabei vorausgesetzt sein, daß wir die geernteten Getreidemengen auch wirklich erhalten; selbst dann wird es auch im jetzigen Jahre ohne starken ausländischen Zuschuß an Getreide nicht abgehen. Aber es ist durchaus nicht wahrscheinlich, daß die Reichsgetreidekasse den geernteten Roggen wirklich voll erfasst. Denn wenn für Roggen der dem Landwirt gezahlte Preis auch mit Zuschläge noch nicht 90 Mark erreicht, während der Erzeuger für gleichwertige Futterstoffe das Doppelte oder doch das 1½fache zahlen muß, dann liegt es auf der Hand, daß viele Landwirte eben ihren Roggen, trotz aller Strafandrohungen und trotz des jetzigen guten Zurechens ihrer Führer veräußern werden.“

Der Fachmann des genannten Blattes verweist ferner darauf, daß der Landwirt heute für Mais doppelt so viel zahlen muß, als er für den — freigegebenen — Hafer erhält, daß er also allen Hafer verfüttern wird, so daß Haferstreckung des Brotgetreides nicht zu erwarten sei; des ferneren, daß die private Berichterstattung des Handels über den Ernteausfall viel schlechter als die amtliche Statistik laute.

Die Brotfrage für den kommenden Winter, den der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats Hr. v. Schorlemer kürzlich als den schlechtesten aller Kriegswinter bezeichnet hat, wird uns also noch sehr erhebliche Sorgen machen, zumal wir ja infolge der Produktionsverhältnisse bei uns auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sind und somit nichts ausführen können, womit wir die nötige Einfuhr von Brotgetreide bezahlen können.

Die Regierung sollte daraus nun endlich die Konsequenzen in Bezug auf die Düngerherstellung ziehen. Das ganze Land ist auf den Mangel an Stickstoff zurückzuführen. Mit Hilfe einer ganz fabelhaft entwickelten Landwirtschaft-Chemie und deren Erzeugnissen, die durch alle größeren und kleineren Düngemittelwerke und Getreide-Erzeuger in den letzten 20 Jahren ins Gabelste gesteuert. Jetzt haben wir keinen Dünger, vor allem keinen Stickstoff, und so ist es einfach unmöglich, hohe Ernten zu erzwingen. Und das wird so lange dauern, bis wir ausreichend Stickstoff haben. Wir sind in dieser Hinsicht ja nicht gerade in schlechter Lage. Wir haben große staatliche Luftstickstoffwerke, die weit über unseren Bedarf für die Ausfuhr produzieren könnten. Statt dessen lassen sie selbst uns im Stich, so daß unsere großstädtischen Arbeiter vor Hunger leiden müssen, weil wir nicht Getreide genug erzeugen können. Da muß die Regierung etwas tun. Wenn die Produktion dieser Werke absolut nicht in die Höhe zu bringen ist, dann muß das Verfahren den Landwirten zur Selbstherstellung freigegeben werden. So wie Fachleute sich über dieses Geheimverfahren ein Urteil bilden können, muß die Herstellung im kleinen überall dort, wo Elektrizität ist, ohne allzu erhebliche Schwierigkeiten möglich sein.

Vor dem Ende der Fleisch-Zwangswirtschaft.

Im volkswirtschaftlichen Ausschusse des Reichstages berichtete der Minister Hermes zunächst über die

Zusammenkünfte in London und Straßburg. Im allgemeinen wurde betont, daß das Bestreben dahin ging, Mittel und Wege zu finden auf denen die Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte in Deutschland selbst gehoben werden könne; ferner wurde auf diesen Zusammenkünften verfügt, die uns zur Verfügung zu stellenden Vorschläge in der Weise zu verwenden, daß der Art der Nahrungsmittel und ihr Herkunftsland uns überlassen bleiben.

Die Besprechung im Ausschusse über die bisherige Ablieferung von Getreide ergab das Resultat, daß die Möglichkeit besteht, daß die zwei Millionen Getreide, deren Ausbringung für die Aufhebung der Zwangswirtschaft des Fleisches gefordert wird, bis zum 1. Oktober zur Verfügung stehen. Weder zu großer Optimismus noch Pessimismus sei in dieser Beziehung angebracht.

Ein Verzweiflungsschrei um Oberschlesien.

Erste Vorstellungen in London, Paris und Rom.

Die Reichsregierung hat bei der Friedenskonferenz in Paris, dem Heiligen Stuhl und den Kabinetten in London, Paris und Rom unter eingehender Darstellung der gefährdeten Lage in Oberschlesien erneute ernste Vorstellungen erstattet, um durchgreifende Maßnahmen zur Wiederherstellung vertrags- und gesetzmäßiger Zustände in Oberschlesien zu erwirken.

Auch Polen bereitet die Autonomie für ein polnisches Oberschlesien vor.

In der letzten Sitzung des polnischen Landtages ist nach einer heftigen Debatte ein Gesetzentwurf, der die Reorganisation für Oberschlesien verlangt, angenommen worden, wonach diejenigen Teile Oberschlesiens, die nach dem Ergebnisse der Volksabstimmung an Polen fallen sollten, eine besondere Provinz werden, die einen integrierenden Teil der polnischen Republik bilden und mit umfassender Autonomie ausgestattet werden soll.

Polnische Drohung.

In neun Versammlungen der Polen, die von etwa 8000 Personen besucht waren, wurde eine Reihe von Forderungen aufgestellt, von denen die folgenden hervorgehoben seien:

Absetzung des kattowitzer Polizeipräsidenten Dr. Schwendy, des Polizeikommissars Vorke und des Personalbegleiters. Abschaffung der deutschen (blauen) Polizei und der Abwehrpolizei. Sofortige Ausrückung, weshalb die französischen Besatzungstruppen Schoppitz verlassen haben. Freilassung aller inhaftierten Polen.

Ferner wurde mit Repressalien gedroht. Für jeden Polen, der in Oberschlesien von den Deutschen drangsalirt wird, sollen 10 Deutsche von Schoppitz und Umgebung mißhandelt werden. Schließlich beschloß man in den Versammlungen formell die Erneuerung des Aufstandes am 12. September.

Keine neutrale Untersuchungskammer.

Die Ablehnung des deutschen Vorschlags auf Einsetzung einer neutralen Untersuchungskommission für Oberschlesien ist dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation in Paris in nachstehender Antwort der Vorkonferenz mitgeteilt worden:

„Sie haben der Konferenz am 4. September 1920 eine Note der deutschen Regierung überreicht, in der die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in Oberschlesien vorgeschlagen wird. Die Kommission soll sich aus Angehörigen von Mächten zusammensetzen, die nicht Signatarmächte des Vertrages von Versailles sind. Ich beehre mich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die alliierten Mächte einstimmig der Ansicht sind, daß die Bildung einer derartigen Kommission sich nicht rechtfertigen läßt, und daß der Vorschlag Ihrer Regierung infolgedessen nicht angenommen werden kann.“

Natürlich läßt es sich „nicht rechtfertigen“, daß von einer wirklich neutralen Stelle den dunklen französischen polnischen Machenschaften nachgegangen wird. Einstimmig hat die Vorkonferenz den Vorschlag verworfen. Eine Kränze...

Die Polen gegen die italienischen Besatzungstruppen. Im Kreise Ratibor sind die Polen damit beschäftigt, Unterschriften für eine Eingabe auf Entfernung der italienischen Besatzungstruppen zu sammeln. Dort operieren sie auch mit dem Märchen, daß die von den Polen besetzten Teile Oberschlesiens bereits der polnischen Republik einverleibt seien, und daß auch das übrige Oberschlesien ohne Abstimmung an Polen fallen werde.

In Italien — Abwarten.

Die Regierung hält die Fäden fest in der Hand.

Gleich wie die Gewerkschaften der Arbeiter verhält sich die unter sozialistischem Einflusse stehende

Regierung Violotti in dem kommunistischen Arbeiterkampf neutral, greift aber durch, sobald Unruhen drohen. So ist im Mailänder Bezirk der Belagerungszustand verhängt worden, nachdem es bei Unruhen zu einer Schießerei mit vielen Toten gekommen war.

Die Landarbeiterrunruhen.

Und nicht allgemein, aber eine kommunistische Organisation „Bund der Landwirte“ sucht sie in ihrem Sinne zu leiten durch die Aufforderung, nicht oder schlecht bebauten Grundstücke zu besetzen. Sie warnte aber vor Gewalttätigkeiten.

Die Russen lassen grüßen.

Die Moskauer Bolschewiki haben ein Telegramm gesandt, worin neben vielen „Gebrauchsanweisungen“ die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß Italien ein Räteland werden werde.

Der Krieg im Osten.

Die Polen wollen wieder gesiegt haben.

Der amtliche polnische Heeresbericht vom 9. September sagt:

Im Gebiet von Suwalki keine Veränderung. Ein bolschewistischer Angriff bei Sidra wurde abgewiesen. Ausfallaktionen an verschiedenen Punkten unserer Front führten zur Annahme von Kowale-Kuzub und der Eisenbahn-Station Zabinka-Bieloskaya und Kalochna südlich von Brest-Litowsk. Der Feind machte vergebliche Gegenangriffe besonders um den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Zabinka herum, und warf dabei 7 Infanterie-Regimenter in den Kampf. Unsere Leute bei diesen Ausfallbewegungen betrugen über 3300 Gefangene, 53 Maschinengewehre, 1 Geschütze, Waggons mit Artillerie-Munition, viel Kriegsmaterial, Lebensmittel und 2 Panzerzüge. Längs des Bug wiederholte Erkundungstätigkeit. In Ostgalizien keine Veränderung.

General Wrangel widerspricht den Nachrichten über seine Niederlage.

General Wrangel hat erklärt:

„Die kürzlich eingetragene Änderung in der Haltung der Alliierten, sowie auch der polnische Sieg zwingen uns, unsere Streitkräfte im Norden zurückschleichen zu lassen, um gegen Westen Aktionsfreiheit zu haben. Aus diesem Grunde räumen wir gegenwärtig Kuban und unsere Truppen, weit entfernt davon, eine Niederlage erlitten zu haben, haben zwei rote Divisionen erbeutet, wobei sie 3000 Gefangene machten und acht Geschütze erbeuteten.“

Der erste „Agrarierstreik“.

Landwirte verweigern Lieferungen gegen einen mißliebigen Landrat.

Einen Milchlieferungsstreik gegen einen gegen den Willen der freisiegenden Landwirte bestellten Landrat führen die Landwirte des Kreises Königsberg in der Neumark. Durch den Rapp-Butich ist der damalige Landrat des Kreises Königsberg, v. A. A. A., seines Amtes entsetzt worden. Mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes wurde der Führer der Demokraten im Kreise, Baurat Fiehn, betraut. Gegen ihn machten sich sofort starke Begehrungen namentlich in den Kreisen der Landwirte und Gutbesitzer geltend und man versuchte, dem kommissarischen Landrat so viel wie möglich Schwierigkeiten zu machen. Die schwerste Beschuldigung war: er habe seinerzeit den Landarbeiterstreik „veranlaßt“. Auf Grund dieser Behauptung hat dann am 23. v. M. der „Verband zur Wahrung der landlichen Interessen des Kreises Königsberg“ beim Ministerium des Innern die Abberufung des Herrn Fiehn und die Wiederbesetzung des früheren Landrats v. A. A. A. bezw. die Bestellung eines dem Verbande genehmen kommissarischen Vertreters in sehr kategorischer Weise gefordert. Nach Ablauf einer 10tägigen Frist, als eine Antwort nicht eingelaufen war, hat der Verband „Lieferungsstreik“ beschloßen, der seit Mittwoch in Kraft ist. Jede Verbindung mit dem Landratsamt hat der Verband abgelehnt: Getreide, Kartoffeln, Vieh und Milch werden von den Verbandsgliedern nicht ausgeführt, während die Belieferung des Kreises selbst aufrechterhalten wird. — Fiehn bestritt nun entschieden, den Landarbeiterstreik angezettelt zu haben. Der Streik als politisches Kampfmittel sei unzulässig. — Da der preussische Landtag dieser Tage zusammentritt, wird dieser Streik auch ihn sicher beschäftigen.

Der „Vorwärts“ schreibt dazu am Freitag Abend:

„Der preussische Minister des Innern, Genosse Seevering, hat den Regierungspräsidenten von Frankfurt a. O., Genossen Bartels, noch am Donnerstag beauftragt, sofort mit den Organisationen der Landarbeiter und Gutbesitzer zu verhandeln. — Diese Verhandlungen werden wahrscheinlich am Sonnabend beendet sein und dann werden dem Ministerium des Innern konkrete Vorschläge zur Beilegung des Lieferungsstreiks vorgelegt werden.“

Politische Rundschau.

— Berlin, 11. September 1920.

— In Kiel hat der Kultusminister Doenitz neue Steuervorlagen zur Deckung der Besoldungsunterschiede

Die Landtagswahlen in Sachsen sind nunmehr auf den 14. November festgelegt worden.

Der 22. Deutsche Anwaltskongress begann am Freitag in Leipzig. Die Tagung ist außerordentlich stark besucht. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Deutschen Anwaltsvereins, Geh. Justizrat Dr. Heiliger-Köln.

Das „Recht auf Arbeit“ abgelehnt. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beriet weiter über die Arbeitslosenfrage. Nach dem Urteil aller Parteien müssen mehr Arbeiter auf Land gebracht werden, jedoch nur solche Arbeiter, die für die Landwirtschaft mäßig willig und geeignet sind. Von deutscher Seite wurde eine Entschließung eingebracht, die zur Sicherstellung des Rechtes auf Arbeit die Aufhebung der Verordnung des Demobilisierungsausschusses für Groß-Berlin fordert, wonach Arbeitnehmer, die in einer in Groß-Berlin gelegenen Arbeitsstelle beschäftigt werden, auf den Erwerb aus dieser Beschäftigung aber nicht angewiesen sind, zwecks ihrer Erziehung durch erwerbsfähige Personen von ihrem Arbeitsgeber aus dieser Beschäftigung entlassen werden müssen. Zum Schluss der eingehenden Aussprache wurde ein aus allen Parteien gebildeter Untersuchungsausschuss eingesetzt, der in Gemeinschaft mit dem Reichsarbeitsministerium die weiteren Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit zu prüfen hat. — Es wurde ein Vermittlungsantrag der bürgerlichen Parteien angenommen, demzufolge die geltenden Bestimmungen auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge baldmöglichst eine geordnete Gestaltung zu überführen sind. Die deutsche nationale Entschließung für das Recht auf Arbeit wurde von der Mehrheit abgelehnt.

Die Reichstagung des deutschen Handwerks in Tena hat den Zusammenschluss der beiden großen genossenschaftlichen Handwerkerverbände gebracht. Man nahm drei Entschließungen an, eine gegen gemischtberufliche Handwerkerorganisationen, eine gegen Versuche einer politisch-selbstständigen Handwerkerpartei und eine zugunsten der Vergebung von Handwerkerarbeiten des Reiches durch die Handwerkerorganisationen.

Die Neuwahlen in Preußen sollen erst erfolgen, wenn die Verfassung fertig sein wird. Die Verhandlungen darüber aber sind noch in einem recht frühen Stadium der Verhandlungen. Niemand hat sie gefördert, weil jede Gruppe die Kämpfe scheut. Aber jetzt muß es 2. Versuch im Ausschusse unbedingt kommen. Der Ausschuss hat sowohl einen Staatspräsidenten wie ein Erste Kammer abgelehnt und sich für die Bildung eines Staatsrats entschieden. Er ging dabei von der Ansicht aus, daß ein preussischer Staatspräsident neben dem Reichspräsidenten eine politische Unmöglichkeit wäre und daß eine Erste Kammer, welche konstitutionell und verfassungsmäßig zusammengefasst sein sollte, sich naturgemäß entweder zu einer neuen Auflage des alten Herrenhauses oder zu einem Kabinetparlament entwickeln würde. Der Staatsrat sollte ein Gegenstück zum Reichsrat sein und nur ein aufschiebendes Einspruchsrecht gegenüber Gesetzen haben, sonst nichts. Mit dieser Form hat sich die Mehrheit des Ausschusses aber nur vorläufig abgefunden, die Sozialdemokraten fordern eine völlige Beseitigung, die Rechte verlangt eine Erste Kammer und das Zentrum steht auf dem Standpunkt, daß die Befugnisse der Provinzen einer wesentlichen Erweiterung bedürfen. Unter diesen Umständen sind schwere Kämpfe zu erwarten.

Die Landwirtschaftskammern sollen reformiert werden; sie sollen gleiches Wahlrecht für alle Berufsangehörigen, aber in drei Berufsgruppen, haben. — Außerdem sollen Landes-Kulturämter geschaffen werden, denen besonders die innere Kolonisation sowie die Moor- und Dehlandsverbesserungen obliegen sollen.

Große Arbeitslosen-Arawalle hat es am Donnerstag, eben als das Ministerium eine Warnung vor Fortsetzung der ständigen Unruhen erlassen hatte, in der sächsischen Hauptstadt Dresden gegeben. Die Polizei wurde mit ihrer Aufforderung an die Demonstranten zum Auseinandergehen von einer Gruppe junger Deutschen verhöhnt, worauf es zu einem Zusammenstoß kam, bei dem die Polizei mit Gummiknüppeln vorging und die Gruppe auseinandertrieb. Als die Demonstranten die „Auslieferung“ eines Beamten verlangten, und als die Situation für die Beamten bedrohlich wurde, riefen sie die Hilfe der Polizei. Ein starkes Aufgebot von Gendarmen und Sicherheitspolizei säuberte den Platz und befreite die Beamten aus ihrer bedrohlichen Lage. Von den Demonstranten haben einige geringfügige Verletzungen erlitten.

Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich ist auch in der Zeit vom 1. bis 15. August 1920 weiter gewachsen. Sie beträgt 411 573 gegen 404 236 am 1. August und 359 618 am 15. Juli.

Entente gegen die Verkehrskontrolle. Die Pariser Botschafterkonferenz beschloß, in einer Note an Deutschland gegen die von den Schleusenbetriebsrätern bewirkte Anhaltung von Schiffen, die Ladung für Polen und Danzig an Bord haben, im Kieler Kanal Einspruch zu erheben. — Die Konferenz beschäftigte sich dann mit dem deutschen Protest gegen die Entschädigungen, welche die Verbündeten nach der Volksabstimmung von Marienwerder getroffen haben, sowie mit der Ausführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages über die zollfreie Ausfuhr der luxemburgischen Natur- und Gewerbezeugnisse nach Deutschland.

In Paris wird der Versuch der deutschen Regierung, den Nordostseefischhandel für neutral zu erklären, als ein Versuch gegen den Friedensvertrag hingestellt.

Die Entwaffnung. Die Londoner „Daily Mail“ meldet, daß die Entwaffnung Deutschlands rasch vor sich gehe. Unter Aufsicht der alliierten Kommissoren seien bereits mehr als 27 000 Geschosse unbrauchbar gemacht worden. Jede Woche würden 1000 Geschosse vernichtet, so daß die 5800 Geschosse, die laut Friedensvertrag noch unbrauchbar gemacht werden müßten, in etwa sechs Wochen zerstört sein würden.

Geheimnisvolle Waffenschlebung in Moabit. Am Freitag wurde ein Güterwagen auf dem S-Bahnsteig in Moabit durch Kriminalbeamte untersucht. Man fand in dem Waggon 1000 Karabiner und eine größere Zahl von Maschinenpistolen. Mehrere Personen, die sich bei dem Wagen befanden und ihn anscheinend zu entladen beabsichtigten, hatten sich aus dem Staube gemacht. Die Waffen wurden beschlagnahmt. Die Schlebung des Waggons wurde unterbrochen. — Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß die Waffen aus der Fabrik von Erfurt an den Anwalt Dr. Erich

Reichswehr betitelt sind, handelt es sich um ganz gewöhnliche Schießgeschosse. Die etwa 100 000, schon seit langer Zeit in den Reichswehren lagernden Geschosse waren nach Berlin als Schrott, also unbrauchbar, gemeldet worden, um das Reich um die Preisbifferenz zwischen Schrott und intakten Geschossen zu schädigen. Das Reichswehr hat, nach Mitteilungen von zuständiger Stelle, auch schon früher ausdientige Geschosse abgeschossen, indem es den Panzer-Waffenwerken in Erfurt 30 000 Geschosse zum Preise von 5 Mark das Stück lieferte, die dort zu Jagdbüchsen mit gewaltigem Mehrertrag verkauft wurden.

Das Zweiklassensystem auf der Eisenbahn. Gegenüber den Mitteilungen in der Presse, das Reichsverkehrsministerium beabsichtige die Einführung eines Zweiklassensystems (eine Holz- und eine Vollstreckungsklasse) in den Eisenbahnen, wird am 1. Juli 1921, wird ha'bamlich festgestellt, daß dies nicht zutrifft, da weder über die Einführung eines Zweiklassensystems noch über die Einführung von Klassen Maßnahmen beschlossen sind.

Die amerikanischen Milchläche. 2500 Milchläche, die uns von den Amerikanern angeboten wurden, werden in der nächsten Zeit eingeführt werden. Das Reichs-ernährungsministerium hat nunmehr die Einfuhr gestattet. Die Nachrichten über ein Angebot einer größeren Zahl werden vom Reichs-ernährungsministerium nach wie vor als unzutreffend bezeichnet. — Uebrigens beschäftigt sich auch der Volkswirtschaftsausschuss mit den amerikanischen Milchlächen. Die Unabhängigen hatten einen Antrag eingebracht, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Ausschuss die Haltung des Reichs-ernährungsministeriums nicht billige. Reichs-ernährungsminister Hermes machte längere Ausführungen. Darauf lehnten alle Parteien, auch die Sozialdemokraten, den Antrag ab.

In Texas ist der erste Transport von Vieh und Futtermitteln von Deutschamerikanern zusammengestellt worden und nach Deutschland abgegangen.

Keine Schnapsstartoffeln. Deutschnationale Mitglieder des Reichstages haben im Anschluß an Meldungen, daß Vertreter von Brennereien in Landreisen Startoffeln zu 80 M. für den Zentner aufkaufen, an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet: Ist die Reichsregierung bereit, sowohl hinsichtlich der Kartoffeln wie hinsichtlich des Kornes an den Grundbesitz festzusetzen, daß die Verwendung von Nahrungsmitteln zur Herstellung von Trinkbranntwein und Bier zu wehren ist, solange die Ernährung der Bevölkerung aus deutschen Nahrungsmitteln nicht sichergestellt ist?

Das Ende der Württemberger Kämpfe. Bezüglich der Betriebsfortführung der Daimlerwerke in Untertürkheim hat der Schlichtungsausschuss folgenden Vorschlag gemacht:

„Die Firma wird den Betrieb ihres Hauptwerkes in Untertürkheim in den ersten Tagen der nächsten Woche wieder aufnehmen. Der Umfang der Wiederaufnahme des Betriebes, die Zahl und die Auswahl der wieder einzustellenden Arbeiter wird von der Direktion im Benehmen mit der Arbeitervertretung bestimmt. Zur Durchführung der Wiederaufnahme wird eine ständige Vertretung herangezogen, bestehend aus vier Vertretern des seitherigen Arbeiterrats, zwei Vertretern des Deutschen Metallarbeitervereins und der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft. Die wieder eingestellten Arbeiter treten in ihre alten Rechte ein.“

Rundschau im Auslande.

Die französische Anleihe in Amerika wurde fast dreimal überzeichnet. Amerika schwimmt eben in Geld.

Die italienischen Kollisionskräfte besetzen jetzt Landgüter.

In England ist eine Ausgleichsverhandlung mit den Bergarbeitern mißglückt, der Streik soll unvermeidlich sein.

In Bilbao und Sevilla in Spanien sind kommunistische Unruhen ausgebrochen und zahlreiche Kommunisten verhaftet worden.

Loftales und Provinzielles.

*** Weissenheim, 14. Sept.** Gestern Nachmittag fand auf hiesigem Rathaus die Ersatzwahl zum Kreistage für Herrn Bürgermeister Dr. Schneider statt. Bis auf Herrn Semmler waren sämtliche Stadtratsmitglieder erschienen. Der Wahlgang ergab 16 gültige Stimmen und einen weißen Zettel. Von den 16 Stimmentzetteln lauteten je 8 Zettel auf die Namen Buchholz und Badior. Dadurch war die Entscheidung durch das Los nötig geworden. Das Los entschied dahin, daß Herr Jean Badior zum Kreistagsabgeordneten gewählt ist.

*** Weissenheim, 14. Sept.** Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind dem Rheingaukreise wiederum 15 000 M. aus Reichsmitteln zur Unterstützung der durch das Hochwasser Geschädigten überwiesen worden. Dieser Betrag ist an die betreffenden Gemeinden mit der Anweisung verteilt worden, die Beihilfen nur an geschädigte bedürftige Privatpersonen zu verteilen. Insgesamt sind jetzt dem Kreise 81 000 M. zur Verteilung an die Hochwassergeschädigten zur Verfügung gestellt worden.

*** Weissenheim, 14. Sept.** Die Regierung hat gestattet, daß die Herbstferien der Volksschule in Weissenheim mit dem Beginn der Weinlese ihren Anfang nehmen.

*** Weissenheim, 14. Sept.** Die Kartoffelzwangsbeziehung ist zwar im allgemeinen aufgehoben worden, doch hat das Reich auf Beschluß des Reichstages eine gewisse Kartoffelmenge sichergestellt. Diese Menge entspricht der Anmeldung des Bedarfs seitens der Kommunalverbände, berechnet auf eine Wochenlopmenge von 6 Pfund. Diese sog. Vertragskartoffeln müssen nach einer Verordnung des Reichslandwirts von den Kreisen und Städten übernommen werden, die seinerzeit ihren Bedarf angemeldet hatten. Das trifft auch für den Rheingaukreis zu, dem zur Lieferung die Kreise Freilich bei Cassel und Limburg an der Lahn zugeordnet sind. Die Kartoffeln aus beiden Kreisen sind gleich gut. Der Preis wird der Höchstpreis sein, wie ihn das Reich festgesetzt hat, also M. 30.— zuzüglich Fracht und Unkosten. Mit einem allgemeinen Herabgang des Preises, wie er nach Zeitungsnachrichten vielfach angestrebt und in Aussicht gestellt ist, kann nach zuverlässigen Nachrichten nicht gerechnet werden. Die Landwirte denken nicht daran, die Kartoffeln billiger zu verkaufen. Die Einwohner des Kreises werden also gut tun, ihre Bestellungen auf Kar-

toffeln sofort bei den Gemeinden abzugeben. Sie können dann ziemlich sicher auf ausreichende Belieferung rechnen, die im freien Handel noch vielleicht nicht gewährleistet werden kann.

*** Weissenheim, 14. Sept.** Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, ist beabsichtigt, auf hiesigem Plage einen Verein zur Pflege und Förderung der Gabelberger Kurzschrift ins Leben zu rufen. Der Verein wird es sich zur Aufgabe machen, durch Abhaltung von Übungsabenden neue Anhänger zu gewinnen und heranzubilden und wird voraussichtlich noch im Laufe dieses Monats ein Lehrgang für Anfänger seinen Anfang nehmen. Alles Nähere wird noch bekannt gegeben, sobald der Verein als solcher gebildet ist. Bei der großen Bedeutung, welche die Kurzschrift gegenwärtig im Geschäftsleben besitzt, steht zu hoffen, daß die Beteiligung auch in unserer Stadt eine entsprechende sein wird. Selbstverständlich sind auch Freunde und Gönner der Gabelberger Kurzschrift aus der nächsten Umgebung von Weissenheim dem in der Gründung befindlichen Verein herzlich willkommen.

*** Wiesbaden, 11. Sept.** Der Kommunalantrag schließt für das Rechnungsjahr 1920 mit einem ungedeckten Fehlbetrag von vorläufig 15 878 000 Mark ab. In welcher Weise diese Summe von den einzelnen Kreisen aufgebracht werden soll, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Für 1919 betrug der Steuerbedarf 7 1/2 Prozent und nach dem Nachtragsbedarf weitere 13 1/2 Prozent. Wenn der jetzige Bedarf aufgebracht werden soll, ist mindestens der doppelte Steuerbeitrag erforderlich.

*** Wiesbaden.** Störungen der Stadtverordneten-sitzung durch Erwerbslose. In der Sitzung der Stadtverordneten in der eine Forderung auf bedeutende Erhöhung der Unterstufungsätze für die Erwerbslosen vorgebracht wurde, die u. a. auch eine Beschaffungsbeihilfe von 100 M. verlangte, zur Beratung vorgelegt wurde, kam es mehrfach zu Störungen der Verhandlungen durch die in größerer Zahl auf der Tribüne anwesenden Erwerbslosen. Als schließlich die erhöhten Forderungen der Erwerbslosen als zu weitgehend mit allen gegen die sechs Stimmen der Unabhängigen abgelehnt wurden, erneuerte sich der Tumult der Galeriebesucher, die sich alsdann unter lebhaften Protestrufen entfernten. Im Laufe des nächsten Vormittags sammelte sich eine größere Zahl der Erwerbslosen vor dem Rathause an und suchte einzudringen. Die zahlreich aufgetretene Polizei vermochte aber die Demonstranten abzurängen und nahm dabei mehrere Verhaftungen vor.

Aus Stadt und Land.

*** Arawalle gegen Uniformen.** Ein Erlaß, der dem Militär in Uniform das Betreten des hiesigen Vergnügungsparks untersagte, weil die Bevölkerung sich über die Uniform aufregte, hat dazu geführt, daß Freitagabend ein Trupp von 60—80 Reichswehrgoldaten auf dem Plage erschien, um zu demonstrieren. Es kam zu großen Tumulten zwischen Zivil und Militär. Ein Teil der Reichswehrgoldaten holte Gewehre herbei, und nur durch das Herbeikommen einer Kompanie Sicherheitspolizei, die mit aufgepflanztem Seitengewehr ausschärmte, wurde Blutvergießen verhindert. Der hiesige Magistrat will mit dem Erlaß nichts zu tun haben. Infolge der Vorfälle und der Beschwerden der Einwohner ist jetzt die gänzliche Schließung des Vergnügungsparks verfügt worden.

*** Im Schatten der Berliner Kultur.** In der Mark Brandenburg steht es nett aus. Der Schriftsteller von Bobelitz stellt da folgendes fest: „Diebstähle, bandenweises Plündern, auch gelegentliche Mordtaten sind hier in der Tagesordnung. Aus den zahlreichen Fällen der letzten Wochen sind mir einige bekannt geworden, die dartun, daß sich tatsächlich ganze Gesellschaften von Verbrechern zusammengefunden haben, die mit unglaublicher Kühnheit vorgehen und auch vor dem Aufheben nicht zurückschrecken. Pferde, Kühe und Ferkel werden gestohlen. Hühner, Gänse und Enten schlachtet man gemächlich an Ort und Stelle ab, um sie dann im Koffler zu verpacken und mitzunehmen. Ein Junge zu Rad wurde im Walde von Stroichen überfallen und niedergeschlagen, dann raubten ihm die Verbrecher das Rad. Die meisten Landhäuser sind so gebaut, daß ein nächtliches Einsteigen durch die Fenster bequem ist. Solche Einbrüche kommen, es ist ohne Uebertreibung gesagt, in jeder Woche häufig vor. Man stiehlt Juwelen und Silber, Wäsche und Kleidungsstücke, wenn man Bargeld nicht findet. Ein Verstoß der Ställe genügt nicht mehr. Die Verbrecher schlagen Löcher in die Mauern, sie loden den Wachs mit vergiftetem Fleisch oder schenken ihn nieder, sie führen auch Aether zu Betäubungszwecken mit.“ — Anderswo soll es freilich nicht viel besser sein.

*** Russische Opfer zurück.** Wie die „Dissewarte“ berichtet, sind dieser Tage 70 der vor zwei Monaten nach Sowjetrußland ausgewanderten deutschen Arbeiter und Handwerker mit dem Dampfer „Regina“ wieder in Swinemünde eingetroffen. Es handelt sich um die Opfer des kommunistischen Auswanderervereins Ost, die in Kolonna vor den Führern der deutschen Unabhängigen ihre grenzenlose Enttäuschung gegenüber den Zuständen in Sowjetrußland offenbaren mußten. Die Rückkehrer erklärten, daß sie gründlich vom Wahnsinn der bolschewistischen Menschheitsbeglückung kuriert und getrost seien, der bolschewistischen Hölle entronnen zu sein. Eine Anzahl mitausgewandeter Arbeiter ist auf dem Rückweg in die Heimat nicht angetreten, weil sie infolge Enttäuschung schwer erkrankt sind.

*** Opfer der Vergeltung.** Dr. jur. Cohn von der Universität Breslau, ein geistiger Vergeltung, ist bei dem Abstieg in die Große Schneegrube, abgestürzt. Er wurde schwer verletzt und starb nach wenigen Minuten infolge eines Schädelbruchs.

*** Ein Ehrenhaß der deutschen Turner.** Die Deutsche Turnerschaft beabsichtigt in Freiburg an der Unstrut, dem Geburtsort Jahn's, ihren im Weltkrieg gefallenen Mitgliedern einen Ehrenhaß anzulegen.

*** Billiges Obst.** Im Kreise Gattensberg sind innerhalb zehn Tagen die Obstpreise ganz bedeutend gefallen. Pflaumen, die noch vor kurzem mit 100 Mark pro Zentner bezahlt wurden, fielen schnell auf 80, 50 und schließlich 30 Mark, heute gibt kein Händler mehr als 20 Mark für den Zentner. Die

nen, die anfangs mit 70 Mark gehandelt wurden, wurden zuletzt mit 35 Mark, ganz gute Sorten mit 40 Mark, verkauft. Für Kornäpfel war der Preis 100 bis 120 Mark, heute ist er 40 bis 45 Mark. Meiselauben werden augenblicklich von den Händlern mit 40 Mark abgenommen. — In den Großstädten merkt man davon nichts.

Der Vater des Münchener Spatenbräus, der Geheim-Kommerzienrat Anton Seidmahr, der Seniorchef der Münchener Spatenbrauerei, ist am Dienstag in seinem Landhaus zu Nottach am Tegernsee im 71. Lebensjahre einem Schlaganfall erlegen.

Schnellzüge mit Dampferung. Am Mittwoch ist von London nach Birmingham der erste Schnellzug abgegangen, dessen Lokomotive mit Dampfgeheizt war. — Auf deutschen Bahnen wurden bereits im Jahre 1912 Versuche mit Dampfheizung gemacht, und zwar versetzten damals im Eisenbahndirektionsbezirk Frankfurt a. M. mehrere Lokomotiven, deren Kessel mit Teeröl beheizt wurden. — Auf österreichischen Bahnen hatte man vor dem Krieg über 300 Lokomotiven für Petroleumheizung eingerichtet. Sie wurden dann aber wegen der erhöhten Kosten des Oels wieder für die Kohlenheizung umgebaut. In Deutschland und Schweden ist man mit Erfolg bemüht, auch die sog. Staubschiffe, die geringwertigen, staubförmigen Brennstoffe verbrennen, für den Lokomotivbetrieb einzusetzen.

Kindersterben in Sachsen. Wie der „Frankf. Stg.“ aus Sachsen berichtet wird, ist die Not der Kinder auch in Sachsen groß. In sehr vielen Orten, sowohl Städten wie Dörfern, sind weit ausgedehnte ärztliche Untersuchungen über den Gesundheitszustand der Kinder angestellt worden, und überall war das Ergebnis erschreckend. Die Zahl der kranken, unterernährten und im Wachstum zurückgebliebenen Kinder betrug nur selten weniger als 75 Proz. In dem Bezirk Mitt. eida waren 4000 Kinder krank oder unterernährt.

Das Hochwasser in München.

Die katastrophale Hochwasserlage besteht im Unterlauf der Isar und bayerischen Donau noch weiter. Der in Südbayern entstandene Schaden wird schätzungsweise auf über 100 Millionen angenommen. Durch das lauten die Nachrichten aus Erding. Ganze Häuserreihen sind dort eingestürzt. Die Katastrophe brach mit unglaublicher Schnelligkeit über eine unvorhergesehene Bevölkerung herein.

In Marienfel 15 Tote.

So weit bis jetzt festgestellt worden ist, hat die Munitionsexplosion in der Marine-Munitionslager in Marienfel bei Wilhelmshaven bisher 15 Todesopfer gefordert, die Zahl der Schwerverletzten, die ins Krankenhaus gebracht wurden, beträgt 12. Die Gefahr weiterer Explosionen ist beseitigt. Der Wert der Wert wurde am Freitag wieder aufgenommen.

In Oldenburg hat das Landgericht den Feuerwerksleutnant Neitowski, der angeklagt war, die erste Munitionsexplosion in Marienfel am 16. Dezember vorigen Jahres durch Fahrlässigkeit verschuldet zu haben, freigesprochen.

Betriebsbeschränkung bei den Daimlerwerken. Die Daimlerwerke führen jetzt ihre längst gehegte Absicht aus, den Betrieb wesentlich einzuschränken. Es sollen von 8000 Arbeitern 4000 entlassen werden. Kommunistische Arbeiter versuchen Freitag nach, den Schienenstrang der Hauptstrecke der Ullm-Stuttgart zu sprengen. Durch patrouillierende Sicherheitsbeamte wurden sie jedoch an der Ausübung des Anschlags verhindert.

Der Tod im Stollen. Auf der Konfordia-Grube bei Jatzig-Hindenburg gerieten, als im Abzweig ein schlechter Wagen ausrangiert werden sollte, mehrere Förderwagen ins Rollen, rieten mit größter Schnelligkeit herab und überrollten auf der Strecke mehrere Grubenarbeiter, von denen drei getötet und zwei schwer verletzt wurden.

Die Unwetter auf der Ostsee. Ein Moskauer Orkan, der sich auf der Reise von Schweden nach Kiel befand, sowie ein anderer auf der Reise von Bremen nach Dänemark befindlicher deutscher Orkan, sind bei Dänemark gestrandet. — Sechs Herren, die auf einem Segelboot nach Billau fuhren und von dort den Rückweg nach Königsberg angetreten hatten, kenterten im Sturm und fanden den Tod an den Wellen.

Die Polen-Auswanderung über Danzig nach Amerika. Die früher zum kleinen Teil über Stettin, zum größeren über Hamburg, Bremen, über Antwerpen oder auch französische Häfen ging, hat sich in überaus kurzer Zeit zu gewaltigem Umfang entwickelt. Die politische Lage in Polen hat die ohnehin auch in normalen Zeiten schon starke Auswanderung zu einem gewaltigen Sturm anwachsen lassen. Es sind nicht eigentlich Flüchtlinge, sondern, eben nur in größerer Anzahl, Auswanderer nach Amerika, die jetzt hierherströmen. Der Mehrzahl nach folgen die Emigranten dem Ruf ihrer Verwandten in Amerika, die ihnen die Mittel zur Ueberfahrt schicken. Ueberwiegend sind es Frauen und Kinder, die ihren Männern und Vätern nachreisen. Fast ausschließlich handelt es sich um Juden. Ueberdies wird die Ernährung der jetzt durchschnittlich 2000 Köpfe täglich ausmachenden Belegschaft des Auswanderungslagers fast ausschließlich durch Auslandswaren und Fleischzufuhr aus Polen gedeckt.

Vom „Schwarzen Walfisch zu Alkalon“ zum „Holenladen.“ Der „Schwarze Walfisch zu Alkalon“ zu Sackingen, der durch Schiffsbesatz bekanntes Studentenlied berühmt geworden ist, wird in einen „Holenladen“ umgewandelt. Wandel der Zeiten und der Walfische.

Ein Weltkongress in Madrid. Der Weltkongress der Dekoppet und sein Vizepräsident Ruffen treffen in Verbindung mit der spanischen Postverwaltung Vorbereitungen für einen Weltkongress, der am 1. Oktober in Madrid eröffnet werden soll.

Eine zerstückelte Leiche im Pappgarten. In Grünwald bei Berlin aufgefunden worden. Die Polizei steht vor einem Rätsel. Nach der Obduktion und der Autopsie rechnet man damit, daß man es mit einer weiblichen Person zwischen 20 und 30 Jahren zu tun hat. Der Mörder hatte die Glieder kunstgerecht aus den Gelenken geschält, die Kopfhaut abgezogen und den Kopf im Feuer so stark verbrannt, daß die Gesichtszüge nicht mehr zu erkennen waren. Ein Teil des Körpers (der Rumpf) fehlt noch. Aufführungen mit Polizeihunden waren wegen des Regens vergeblich. Während

die Kriminalpolizei noch eifrig nach den verschwundenen Leichenteilen sucht, wurde im Norden Berlins ein zweiter Fund gemacht, der wahrscheinlich mit dem Verbrechen in Verbindung steht. Auf dem Flur des Hauses Schönhauser Allee 82 sah gestern Abend ein Postbeamter eine große Tüte liegen, die blutige Kleidungsstücke enthielt. Die Tüte stammt von einer chemischen Waschanstalt und Färberei. Das ist besonders auffällig, da sich in einem der gefundenen Leichenpakete unter dem Einwickelpapier auch ein Schreiben eines gleichartigen Fabrik befand. Die Tüte enthielt ein schwarze Bluse, ein Paar Damenstrümpfe und zwei Damenhemden. — Außer diesen Kleidungsstücken wurde der Kriminalpolizei auch noch ein Herrenhut übergeben, der einem Reinigungsinstitut zur Beseitigung von Blutflecken übergeben worden war.

Für die unglücklichen deutschen Familien in Rußland. Der Dresdener Bürgerrat richtete eine Eingabe an die sächsische Regierung auf Grund der Eröffnungen Dittmanns in der „Freiheit“. Diese Eingabe fragt, ob die Regierung in der Lage sei, den unglücklichen Familien in Rußland die Heimkehr zu ermöglichen und die weitere Abwanderung deutscher Familien in das russische Land zu verhindern. Auf irre führenden Verheißungen seien eine große Anzahl deutscher Familien nach Rußland ausgewandert, die jetzt nach dem Bericht Dittmanns im tiefsten Elend leben und sehnächtig nach Hause verlangen. Aus dem Bericht Dittmanns gehe hervor, daß die Sowjetregierung diesen Wünsche Schwierigkeiten in den Weg lege. Nach dem Bürgerrat zugegangenen Berichten soll es sich nicht um 80 bis 120 Familien, wie die „Freiheit“ angab, sondern um eine weit größere Anzahl, die bis in die Tausende gehe, handeln.

Spielehallen in Bad Reichenhall. Das bekannte Bad Reichenhall in Südbayern hat sich in ein Monte Carlo verwandelt. Der Stadtrat von Reichenhall hat die dortigen Spielehallen entgegen den reichsgerichtlichen Vorschriften konfiszieren und dies mit der schlechten Finanzlage der Stadt begründet. Mittlerweile hat sich auch schon ein Schieber- und Spielerspublikum aus allen Ländern in das Bade eingefunden. Die Bankhalter für das Roulettepiel im „Cafe Daffried“ hat man sich aus Spaa verschrieben. Verluste bis zu 90 000 Mark sind an der Tagesordnung. Auch internationale Diebstahlsfälle in der Spielegesellschaft. Es haben sich bereits sechs Spieleclubs aufgetan.

Wohnanlagen. Der Berliner Magistrat hat einen Vertrag über die Errichtung von 200 Wohnanlagen abgeschlossen, die pachtweise auf 6—30 Jahre an Pächter für eine jährliche Pacht von 500 Mark abgegeben werden sollen und zwar unter der Bedingung, daß sie ihre andere Wohnung dann aufgeben.

Die Wohnungsnot in Amerika. Am 1. Oktober wird in New York ein schwerer Konflikt zwischen den Obdachlosen und den Behörden einsetzen. Die Hausbesitzer verlangen monatliche Mietzahlungen. Sie versprechen sich dadurch eine Erhöhung der Mieteinkommen um 100—200 Proz. Man nimmt an, daß die Zahl der Obdachlosen am nächsten Quartalsende auf 300 000 steigen wird. Durch den Streik der Mitteltransportarbeiter wird die Lage noch verschlimmert.

Kleine Nachrichten.

Ein hellschöner Kaufmann in Charlottenburg, der in Potsdam eine einzelnstehende Dame beraubt und ermordet hatte, wurde ermittelt und festgenommen.

Der Mörder, der kürzlich Teile einer weiblichen Leiche in Pappschachteln in den Grunewald geschafft hatte, ist trotz genauer Personalbeschreibung noch nicht ermittelt.

Das Reichsgericht hat die Revision eines Hamburger Antiquars, der das Mausoleum der Familie Bismarck ausgebaut und schmählich verunreinigt hatte und darob 8 Jahre Zuchthaus erhalten hatte, verworfen.

Auf den Stützwerke in Plesieritz bei Wittenberg ist ein Streik ausgebrochen.

Das sächsische Provinzialschulcollegium hat den Schülern das Tragen von Halentzen verboten.

Der Erfolg der Kommunalreinigung der Straßenreinigung in München drückte sich darin aus, daß bis jetzt die Straßenreinigung ein Defizit von 2 Millionen Mark erreicht hat.

Im Grunewald bei Berlin wurden angebrannte Teile der Leiche eines 16- bis 18-jährigen Mädchens gefunden.

Die neue Fernsprech-Kautions von 1000 Mark hat in Berlin 5 Prozent Kündigungen veranlaßt. Anfanglich hatten 7 Proz. gekündigt.

Auf der Breslauer Herbstmesse sind viele Einkäufe aus Polen und der Tschechoslowakei eingetroffen.

Die Mordepidemie in Groß-Berlin.

Die Aufklärung des Mordes, auf den der Fund von Leichenteilen im Grunewald hindeutete, ist noch nicht erfolgt. Nachdem die Obduktion und die Röntgenaufnahme noch keine bestimmten Anhaltspunkte für das Geschlecht der Leiche gegeben hatte, da die Kopfhaut abgebrannt, der Kopf im Feuer geröstet und die Knochen kunstgerecht aus den Gelenken getrennt waren, hat man jetzt ermittelt, daß es sich um eine weibliche Leiche einer ca. 20-jährigen Person handelt. Auch dem Täter ist man auf der Spur. Es ist ein 25- bis 30-jähriger Mensch, der mit den beiden Paketen und von einem Spaziergänger nachher auch ohne Pakete auf dem Bahnhof Nikolassee gesehen worden ist.

In Potsdam wurde die unverheiratete, 52-jährige Agnes Steinberg in ihrer Wohnung in der Berlinerstraße, auf dem Sofa liegend, tot aufgefunden. Der Kopf war auf ein Sofaflissen gebettet. Um den Hals war eine rote Gardinenfäden, durch diese wiederum eine Rouleauschnur geschlungen, die am Fenster befestigt war. Die Tote hatte um 4 Uhr noch aus dem Fenster gesehen. Es liegt anscheinend Mord vor, weil sämtliche Schmuckstücke fehlen.

Der Kaufmann Hirschhaut aus Berlin erschien mit seiner Frau blutüberströmt plötzlich in der Gastwirtschaft der Gemeinde Felschow bei Angermünde. Er hatte einen Schuß durch den Mund erhalten und vermochte nicht zu sprechen. Die Frau war am Hals und an beiden Händen verletzt, konnte jedoch angeben, daß sie auf der Landstraße von zwei jungen Menschen, die mit Revolvern bewaffnet waren, überfallen worden seien. Diese rissen dem Mann seinen Rock und die Brusttasche fort und raubten ihm so etwa 1000 Mark an barem Gelde, ein schwarzgefärbtes Tuch und grauen Stoff für Herrengarderobe, mit dem Hirschhaut auf dem Lande handelte. Die Uebertäueren

wagten keinen Widerstand und baten nur um ihr nacktes Leben. Die Räuber zogen darauf ihre Schußwaffen und gaben mehrere Schüsse auf die Wajrosen ab, die beide schwer verletzten.

In Schöneiche bei Friedrichshagen bewohnt der 71 Jahre alte Rentner Julius Scholz im Schloß in der Friedrichshagenerstraße. Der alte Mann wollte sich Brot aus dem Keller holen, fand dieses jedoch nicht an der gewohnten Stelle. Nun betrat er einen zweiten, etwas größeren Kellerraum, in dem er Kohlen aufbewahrte. Dort sprang plötzlich ein junger Bursche mit einem schweren Holzknüttel auf ihn ein. Scholz entwand ihm zwar den Knüttel, wurde nun aber von dem Mörder zu Boden gestossen und mit Preßkollern so lange mißhandelt, bis er das Bewußtsein verlor. Nun durchsuchte der Räuber das Haus nach Wertgegenständen.

Zu einem schweren Feuerkampf kam es in der Nacht zum Donnerstag in Bötzen (Zeltow) zwischen einer vierköpfigen Berliner Einbrecherbande und einem Forstbeamten. Der Beamte überraschte die Bande bei einem Einbruch im Dorfe. Als er sie festnehmen wollte, schossen die Verbrecher auf ihn, stieß sich gefangen zu geben. Der Forstbeamte, der nicht getroffen wurde, feuerte jetzt auch auf die Einbrecher und traf einen so schwer, daß er tot zusammenbrach. Die anderen ergiffen jetzt die Flucht. Bei ihrer Verfolgung gelang es, einen der Täter festzunehmen.

1000 Opfer des italienischen Erdbebens.

Die Nachrichten aus Nord- und Mittelitalien geben neue Einzelheiten über die furchtbaren Wirkungen des Unglücks, das Italien betroffen hat. Die verheerende Wirkung der Erdstöße hat einen höheren Grad als ursprünglich angenommen wurde.

Die Steinbrüche der Stadt Carrara sind nicht mehr vorhanden, ein Erdstöß hat sie zugebeut. Die Gegend der pontinischen Apenninen ist heute ein Trümmerfeld. Verschiedene Orte an den Straßen von Florenz nach Bologna sind auf das schwerste beschädigt oder teilweise vernichtet.

In Bistaja hat sich die prachtvolle Kuppel der Kirche der Madonna dello Umilia in einen Trümmerhaufen verwandelt. In Pisa verurachte der Schrecken unter der bestürzten Bevölkerung mehr Opfer als das Erdbeben selbst. Bologna war der Schauplatz von unbeschreiblichen Kämpfen.

Man sagt bereits, die Zahl der Toten erreicht die Ziffer 1000. In der Reggio del Emilia sind nicht weniger als zwölf Gemeinden vom Erdbeben betroffen und vier dem Erdboden gleichgemacht worden. Schwer gelitten hat auch der Apenninen-Haark Bunigiano, wo in acht Gemeinden nur noch wenige Häuser auffindbar sind.

Neues Erdbeben in Italien.

Nach einer Meldung aus Rom hat in Massa ein neues Erdbeben stattgefunden. Ueber den Schaden ist noch nichts bekannt.

Volkswirtschaftliches.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Im Hinblick auf die rasche Verbreitung der Maul- und Klauenseuche und der durch sie hervorgerufenen Schäden hat im Ministerium für Landwirtschaft am 4. September 1920 unter Beteiligung sämtlicher Regierungs- und Veterinärärzte, der Vorsteher der bakteriologischen Institute der Landwirtschaftskammern und sonstiger auf dem Gebiete der Seuchenforschung tätigen Sachverständigen sowie unter Zuziehung der Vorstände des preussischen Tierärztlammerauschusses und des Reichverbandes der praktischen Tierärzte eine Bekanntmachung über geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Seuche erlassen. In der Beratung wurde hauptsächlich beschlossen, zur Vermeidung der Todesfälle durch die Seuche das in Bayern geübte Impfverfahren in geeigneter Weise zur Anwendung zu bringen. Zur Durchführung des Verfahrens sollen sämtliche praktischen Tierärzte herangezogen werden.

1000 Mark für den Fernsprecher sind demnach also fällig. Der Einspruch der Öffentlichkeit gegen diese seltsame Reichsanleihe der Postverwaltung ist vergeblich geblieben. Die Post fordert in diesen Tagen zur Zahlung der am 1. Oktober fälligen Fernsprechanleihe auf. Wer von der Kreditgewährung Gebrauch machen will, muß einen Bordruch vom zuständigen Postamt einfordern und dorthin ausgefüllt einreichen. Die Post empfiehlt ausdrücklich, den Kreditierungsauftrag für die am 1. Oktober fälligen Beträge besonders frühzeitig bei jenem Postamt einzureichen, das die Einziehung der Einschreibgebühr von 2 Proz. des Betrages veranlaßt. Stempelschleusen entstehen bei dieser seltsamen Darlehns-Anleihe in Preußen nicht, jene 2 Proz. Provision genügen ja aber auch schon gerade.

Die Gerichtsferien gehen dieser Tage zu Ende. Damit nimmt die Justiz ihre Praxis im vollen Umfang wieder auf. — Denken wir aber an das alte begründete Wort, nach welchem ein magerer Vergleich besser ist, als ein fetter Prozeß.

Die Spät-Kartoffelernte beginnt. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen ist allerdings damit zu rechnen, daß sie erst gegen die Mitte oder zu Ausgang des Oktober beendet sein wird. Welchen Wert die im Frieden nicht von jedermann geschätzte Kartoffel besitzt, haben wir im Kriege und auch im letzten Jahre gelernt. Es ist leider viel Wucher damit getrieben und es kann gar nichts Schaden, wenn die Stadtbevölkerung immer mehr zur alten Gewohnheit, die vielfach in Bergessenen gerieten war, ein Stück Land selbst mit Kartoffeln zu bebauen, zurückkehrt. Wir bleiben bei anderen Salz- und Pellkartoffeln, auch Kartoffelkörnern sind nicht zu verachten, und lassen dem Franzosen seine „hommes frites“. Die deutsche Kartoffelernte vor 1914 ist auf 38 Millionen Tonnen im Jahre geschätzt worden. Die Bellernte in Kartoffeln betrug etwa 100 Millionen Tonnen. Durch den Verlust der ostpreussischen Gebiete an Polen hat unsere Kartoffelproduktion leider eine erhebliche Minderung erfahren, die abhelft die Vergrößerung unserer Anbaufläche ermöglicht.

Drucksachen liefert schnellstens die Buchdruckerei Arthur Jander.

Bekanntmachung.

Die Ackerparzellen des Hieber'schen Grundstückes sollen für weitere 2 Jahre verlost werden.
Reflektierende, die kein Gartenland besitzen — Kriegsteilnehmer und insbesondere auch Kriegerwitwen werden bevorzugt — wollen ihre Gesuche um Zulassung bei der Verlosung bis längstens nächsten **Mittwoch den 15. d. Mts., vormittags 11 Uhr**, auf hiesigem Rathause einreichen.

Die Ackerparzellen auf dem Gemeindelös vor dem Deutschen Haus und im Ober-Anbau werden am **Mittwoch den 15. d. Mts., vormittags 11 Uhr**, auf dem hiesigen Rathause auf weitere 3 Jahre öffentlich verpachtet.

Mittwoch den 15. September d. Js., vormittags 11 Uhr, kommen 2 Wiesenparzellen im Gemeindegarten von der Erbsengasse bis zum Gemeindelös für ein Jahr auf dem Rathause zur Verpachtung.

Geisenheim, den 10. September 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die Anfuhr von Schutt ist im Ober-Anbau ein Platz, oberhalb des Mauerackerweges, abgesteckt. Der abgegrenzte Fuhrweg ist einzuhalten. Das Fahren außerhalb des Weges über die Wiesen ist verboten.

Die Anfuhr von Schutt kann vom 20. September 1920 ab erfolgen. Die Schuttabladeplätze an der sogenannten Kieslaute sowie im Oberanbau westlich des Mauerackerweges sind von diesem Tage ab gesperrt.

Geisenheim, den 10. September 1920.

Der Magistrat.

J. B. Buchholz, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Betr. Wohnungsnot.

Wir warnen dringend, Wohnungen ohne unsere Genehmigung zu vermieten oder zu beziehen. Zu Unrecht bezogene Wohnungen werden von jetzt ab ausnahmslos polizeilich geräumt. Außerdem haben Vermieter und Mieter nach § 13 der Verordnung des Kreisausschusses, Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 17. Febr. 1920, gerichtliche Verfolgung zu gewärtigen.

Geisenheim, den 1. September 1920.

Der Magistrat.

J. B. Buchholz, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 15. d. Mts., nachm. 3 Uhr, findet in der Rinderschule

Mütterberatungsstunde

statt. Allen Müttern mit Kindern unter 2 Jahren wird der Besuch derselben empfohlen.

Geisenheim, den 10. September 1920

Der Magistrat.

Neu erschienen!

Der Rheingau in Sage u. Geschichte

von Rektor W. Janßen

Verlag von Arthur Jander, Geisenheim

Preis Mk. 3.—

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Nau & Bollenbach, Bingen

Rathausstraße 15 — Fernsprecher 506

empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel
wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln, Kork- und Kapselmessmaschinen, Fassstalg, Fasskitt, Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen, Fassbleche, Fass- und Flaschenbürsten, Filtriermaterial etc.

A. Kahle, Dentist

Geisenheim, Marktstraße 27 I, rechts.

Sprechstunden für Zahnleidende
täglich von 9—1 Uhr und von 3—6 Uhr.
Sonntags von 9—12 Uhr.

Behandlung von Mitgliedern der Allgem. Ortskrankenkasse Rüdesheim, Maschinentabrik Johannsberg, Deutschnat. Kranken- und Begräbniskasse Hamburg (Zweigstelle Eltville).

Statt besonderer Anzeige.



Dem Herrn über Leben und Tod hat hat es in seinem unerforschlichen Rat-schlusse gefallen, am Sonntag Vormittag um 1/12 Uhr meine geliebte Gattin, unsere treusorgende, unvergessliche Mutter, Gross-mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Therese Kneipp

geb. Bender

zu sich in die ewige Heimat zu nehmen. Sie entschlief sanft und gottergeben nach langem, qualvollem, tapfer ertragenem Leiden, oft gestärkt mit den Tröstungen unserer hl. Kirche, im eben vollendeten 58. Lebensjahre.

In tiefem Leid:

Franz Josef Kneipp und Kinder.

Geisenheim, den 14. Sept. 1920.

Die Beerdigung findet am Mittwoch Nachmittag um 5 Uhr, die feierlichen Exequien am Mittwoch Morgen 7 1/4 Uhr statt.

Gabelsberger Stenografie.

Anhänger und Freunde der Gabelsberger-Kurzschrift werden gebeten, sich zwecks

Besprechung

über Gründung einer Vereinigung

Donnerstag den 16. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im Nebenzimmer des Gasthauses Christof Ober, Römerberg, einfinden zu wollen.

Hugo Bernhardt, Landstr. 71 b.

Geschäfts-Empfehlung!

Ich übernehme die Leitung von
Weinversteigerungen, Mobiliar-Auktionen, Einziehung von Forderungen an allen Plätzen
Bearbeitung von Prozeßsachen
Erbauseinanderlegungen, Teilungen
Anfertigung von Verträgen aller Art
Sprechstunden täglich von 8—12 Uhr vormittags und 3—7 Uhr nachm.

J. Heinz :: Rüdesheim

Auktionator und Rechtskonsulent
Friedrichstr. 14 — Telefon 187.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der
Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)
Exp.: Winkeler Landstrasse 53b
Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

:: Elegante Herren ::

decken ihren Bedarf in meinem Spezialhause
in dem Gewähr geboten ist für sachmännische,
:: reelle und preiswerte Bedienung ::

Täglich Eingang von Neuheiten

Spezialität: **Lodenmäntel und Capes**
:: für Herren und Damen ::

Elegante Maßanfertigung

Metertweiser Stoffverkauf.

Bruno Wandt, WIESBADEN
Kirchgasse 56.

Schöne Portugieser Trauben

zum Aestern hat billig abgegeben

J. B. Dilonenzi.

Tomaten

zum Einmachen

per Pfd. 60 Pfg.

Schöne Eß- und Koch-Aepfel

per Pfd. 80 Pfg.

empfiehlt

Frau B. Rothhaupt.

Täglich

frische Wurst

Karl Raig, Gastwirt

Täglich

frische Wurst.

Frau Bach, Wwe.

Blaubachstr. 15.

Empfehle

neben

Obst und Gemüse

Holl. Süßrahmbutter,
Süßrahm-Tafel-Margarine
Holländer und Edamer Käse
Hand-Käse, Lachsbrümlinge
Eier.

Nehme auch jedes Quantum
Tafel- u. Winter-Obst

an.

Frau B. Rothhaupt

Marktstraße.

Rübsamen

zu verkaufen bei

Franz Rückert

Winklerlandstr. 47.

Lippmanns Keimtod

beste Stalldeinfektion

empfiehlt

Frau P. J. Klein Wwe.

Steinheimerstrasse 5.

Süsser

Apfelmoss

per Schoppen Mk. 2.—

„Weisses Ross“.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Bürger-Gesellschaft Geisenheim a. Rh.

Freitag den 17. September, abends 8 Uhr, im Gasthaus Kränzel:

Versammlung

der Damen und Herren, die an d. bevorstehend. Jubiläumsfeier mitzuwirken wünschen. Es wird gebeten, daß sich möglichst alle jungen Damen und Herren beteiligen.
Der Vorstand.

Cäcilia Geisenheim.

Vorstellung And. Ober

Mittwoch Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Vollständiges und pünktliches Erscheinen erwartet
Der Dirigent.

Gesangverein Lieder-kranz.

Heute Dienstag und Donnerstag Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Um pünktliches und voll-zähliges Erscheinen bittet
Der Dirigent.

F. I. Geisenheimer Fußballverein 1908

Heute Abend 7 1/2 Uhr:

Vorstands- und

Spelausschuss-Sitzung

bei Mitglied Reis (Hotel

Deutsches Haus).

Freitag Abend 8 Uhr:

Versammlung

mit Spielerziehung

im Vereinslokal „Frankfurter

Hof“. Vollständiges Erscheinen

ist dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Mittwoch Abend ist

Training

nur für die Jugendmann-

schaften. Die Spieler anderer

Mannschaften haben sich nicht

daran zu beteiligen.

Der Spelausschuss.

Eingetroffen:

4 Meter lange

Plöcke,

Baumstüben,

Waschplöcke,

Bretter u. Latten.

E. Dillmann.

Buch- und Kunstdruckerei

Arthur Jander

Verlag der Geisenheimer Zeitung



Alle Drucksachen

für den privaten Bedarf,

für Handel, Industrie und

Gewerbe, sowie Behörden